
**Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament
an die Kommission, den Rat der EU, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten
zur Zukunft des Euro**

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament (SIMEP),

- unter Hinweis auf den internationalen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 9. Dezember 2011,
 - unter Hinweis auf den Bericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 5. Dezember 2012,
 - unter Hinweis auf den Fahrplan des Europäischen Rates zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vom 14. Dezember 2012,
 - unter Hinweis auf die unter den Bezeichnungen „sechser Paket“ und „zweier Paket“ verabschiedeten Rechtsakte,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 16. Dezember 2013,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) vom 16. Dezember 2013,
- A. in der Erwägung, dass die Union seit über 60 Jahren ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Wohlstand und Frieden ermöglicht;
- B. in der Erwägung, dass Europa im 21. Jahrhundert nur Einfluss auf die Gestaltung des Miteinanders der Völker der Welt haben wird, wenn es wirtschaftlich stark ist, mit einer Stimme spricht und geeint handelt;
- C. in der Erwägung, dass das derzeitige Ausmaß der Arbeitslosigkeit ein großes Risiko für die Akzeptanz des europäischen Projekts darstellt und insbesondere die enorme Jugendarbeitslosigkeit die Gefahr einer verlorenen europäischen Generation birgt;
- D. in der Erwägung, dass eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als deutliches Signal der Stärke die Märkte beruhigen und helfen wird, die gegenwärtige Krise endgültig zu überwinden;

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise

1. unterstützen den in den von der Krise betroffenen Staaten eingeschlagenen Weg der Sparpolitik und verlangen von diesen Staaten zusätzliche Anstrengungen, um zukünftig den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie den Fiskalvertrag einzuhalten;
2. erachten darüber hinaus nachhaltige Wirtschaftsförderprogramme wie etwa Investitionen in den Bereichen Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit für notwendig;
3. fordern die Kommission auf, die Reformanstrengungen in den Staaten strikter zu kontrollieren und zu diesem Zweck mit den betroffenen Staaten Verträge zu schließen, die für den Fall der Nichteinhaltung spürbare Sanktionen enthalten;

Zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

4. halten es für unabdingbar, dass die nationale Haushaltssouveränität unangetastet bleibt und fordern dem Kommissar für Wirtschaft und Währung das Recht einzuräumen, nationale Haushaltsentwürfe zu prüfen und gegebenenfalls zu verändern, wenn diese die Defizitgrenzen übersteigen oder eine haushaltspolitisch verantwortungsvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gewährleistet ist; fordern darüber hinaus, dass das nationale Parlament über diese Empfehlung abstimmt;

5. sehen das gegenwärtige Budget der EU als zu gering an, um einer effektiven Wirtschaftspolitik nachzukommen, und verlangen daher, die Beiträge der Mitgliedstaaten kostendeckend zu erhöhen;

Zur Vertiefung der politischen Union

6. fordern, dass der Präsident der Europäischen Kommission ab 2014 direkt von den Unionsbürgern gewählt wird;

7. sehen im Veto-Recht jedes Mitgliedstaates bei Vertragsreform eine zu hohe Hürde für die weitere Integration und fordern Vertragsreformen künftig durch qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten zu legitimieren, wenn diese damit 2/3 der Bevölkerung der EU hinter sich vereinen;

o
o o

8. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung der Kommission, dem Rat der EU, dem Europäischen Rat und den nationalen Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU zu übermitteln.